

Umfrage zur Lokalen Agenda in Backnang

Zwei Schritte vor, und einer zurück

... genauso verhält es sich mit der Lokalen Agenda in Backnang. Dort ergab eine Umfrage, daß sich GemeinderatskandidatInnen entweder gar nicht dafür interessierten oder sich sehr engagiert gaben.

Anläßlich der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 24. Oktober 1999 wurde von der Lokalen Agenda in Backnang ein Fragebogen entwickelt, der Informationen über den Bewußtseinsstand, den Stellenwert sowie die realistischen Erfolgsaussichten einer Lokalen Agenda unter den neu zu wählenden GemeinderätInnen ermitteln sollte. Da diese Chance zu einer solchen Befragung nur alle fünf Jahre wiederkehrt, außerdem der Beschluß des Gemeinderats zur Gründung der Lokalen Agenda in Backnang erst Anfang Oktober 1998 erfolgte, war hier eine erste Gelegenheit, frühzeitig die Einstellungen der KommunalpolitikerInnen zur Arbeit und Zielsetzung der Lokalen Agenda zu evaluieren. Diese Fragebogenaktion ist ein Fallbeispiel dafür, wie die Lokale Agenda in einer großen Kreisstadt wie Backnang, mit etwa 34.000 EinwohnerInnen am nordöstlichen Rande der Region Stuttgart gelegen, vom Gemeinderat akzeptiert und eingeschätzt wird bzw. sich gegenwärtig Bewußtseinsprozesse über das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in politischen Gremien vollziehen.

Die Ausgangssituation: Fehlstart der Agenda in Backnang

In der Stadt Backnang existieren bereits seit Jahren Bürgerinitiativen für verschiedene Problemstellungen, wobei vor allem Fragen zur Wiederverwendung von Industriebrachen, nachhaltiger Siedlungsentwicklung sowie ressourcenschonender Energiegewinnung eine Rolle spielen. In der Startphase der Lokalen Agenda bestand auf Seiten der Stadt noch die Hoffnung, diese verschiedenen Gruppierungen für einen kontinuierlichen Prozeß zu gewinnen. Leider wurde jedoch so übereilt begonnen, daß keine Leitbilddiskussion statt-

finden konnte. Auch waren die Arbeitsthemen bereits von der Stadtverwaltung vorgegeben worden, und ein Agenda-Forum mit Bündelungs- und Koordinierungsfunktion kam nicht zustande.

Der Fragebogen wurde vom Agenda-Büro der Stadt an alle zur Wahl angetretenen 143 KandidatInnen der verschiedenen Parteien und Listen verschickt. Die vor den Kommunalwahlen beabsichtigte Auswertung der Umfrageergebnisse wurde jedoch leider aus Befürchtung vor möglicher Wahlbeeinflussung durch den Ältestenrat bzw. die Stadtverwaltung nicht zugelassen, was eine Verunsicherung der Adressaten bzw. einen entsprechend schwächeren Rücklauf der Fragebogen nach sich zog.

Gleichwohl ergeben die 37 zurückgeschickten Fragebögen eine befriedigende Rücklaufquote von etwa 26%. Neun Antworten kamen dabei von Personen, die dem neuen Gemeinderat angehören. Dies entspricht bei insgesamt 26 zu vergebenden Sitzen einem Anteil von etwa 34%. Somit liegt der Schluß nahe, daß die überwiegende Mehrheit der Befragten der Lokalen Agenda eher gleichgültig gegenübersteht. Dabei ist es auffällig, daß von 26 Anschreiben an die Adresse der CDU nur ein Kandidat geantwortet hat. Zusammengenommen stammen 67,5% der Rückläufe von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP/Freie Wähler sowie der Biblischen Wählergemeinschaft, obwohl diese Fraktionen im neuen Gemeinderat nur sechs von 26 Sitzen, also etwa 23%, auf sich vereinigen.

Die Ergebnisse

Als wichtiges Ergebnis der Umfrage kann festgehalten werden, daß eine große Mehrheit von 83,8% der Antworten sehr positiv gegenüber der Lokalen Agenda eingestellt ist. Offenkundig ist bei ihnen das Bewußtsein über eine nachhaltige Entwicklung vorhanden, ebenso die Einsicht in die Notwendigkeiten zu entsprechendem Handeln: Für die antwortenden KandidatInnen ist eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinderat und der Bürgerschaft notwendig, um die kommunale Demokratie weiterzuentwickeln sowie zukunftsfähige und bürgernahe Konzepte zu erstellen. Bei der Bewertung von Methoden bzw. Kommunikationsformen zur Bürgerbeteiligung sprachen sich 67,6% der Befragten für ein Antragsrecht der Lokalen Agenda im Gemeinderat aus, um die repräsentative Entscheidungsfindung durch weitere Beteiligungsmodelle zu ergänzen. In diesen Kontext votierten auch 75,7% dafür, daß die Lokale Agenda durch ein unabhängiges Bürgerforum mit eigenständiger Themenwahl und freier Arbeitsgruppenbildung getragen werden sollte.

Die Frage nach Prüfberichten für nachhaltige Beschlüsse (eine Selbstverpflichtung von Gemeinderäten, die es z.B. in Mainz, Ravensburg oder Pleidesheim bereits gibt) stößt auf dieselbe große Akzeptanz und bejaht die für einen erfolgreichen Agenda-Prozeß notwendigen Monitoring- und Evaluationsinstrumente. Weiter würden 67,6% der

Befragten eine das Nachhaltigkeitsprinzip einfordernde Mitgliedschaft in einem Städtenetzwerk sowie eine damit verbundene Selbstverpflichtung begrüßen.

Konfliktbereite KandidInnen

Mit 91,9% überraschend hoch ist die Zustimmung der Antwortenden dafür, als künftiger Mandatsträger Zielkonflikten zwischen Ökonomie und ökologie nicht aus dem Wege zu gehen und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung auch unpopuläre Entscheidungen mitzutragen. Mit dieser Aussage wird auch der Stellenwert des freien Mandats herausgestellt. Zum Ende der Befragung sollten wichtige lokale Themen auf ihre nachhaltige Wirkung hin eingeschätzt werden. Dabei rangierten der weitere vierspurige Ausbau der Bundesstraße 14 sowie ein geplantes Industrie- und Gewerbegebiet Lerchenäcker an erster Stelle. Beide Projekte bedeuten einen massiven Eingriff in den Naturhaushalt, zumal letzteres Vorhaben mit 62 Hektar neu zu überplanender Fläche unmittelbar am Rande des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald gelegen ist. Die Aussichten, diese Projekte verhindern zu können, sind allerdings recht schlecht. Die Planung eines neuen Erlebnisbades sowie die Situation in der Innenstadt waren von weiterer Bedeutung.

Skeptisches Resümee

Als Fazit der Befragung sollten die Erfolgsaussichten der Lokalen Agenda in Backnang beurteilt sowie die Chancen eingeschätzt werden, ob es dadurch zu einer Umorientierung in der Stadtentwicklung kommen kann. Die Antworten fallen skeptisch aus, 73 % halten die Erfolgsschancen für gering. Obwohl die Gründe für entsprechende Hemmnisse nicht explizit erfragt wurden, liegt jedoch der Schluß nahe, daß eventuelle Hinderungsgründe für einen erfolgreichen Agenda-Prozeß nicht vom Gemeinderat selbst ausgehen, sondern die mangelnden Chancen eher bei der Stadtverwaltung und deren Organisationsstrukturen zu suchen sind.

Andreas Brunold

□ *Der Verfasser ist Studienrat an der Kaufmännischen Schule in Backnang und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft/Didaktik politischer Bildung an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg. Dr. Andreas Brunold, Marienburgerstr. 3, 71522 Backnang.*